

Friedenserziehung statt Militärwerbung und Rekrutierung!

Was fordern terre des hommes, GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) und Deutsches Bündnis Kindersoldaten?

1. Stopp jeder Art von militärischer Werbung bei Minderjährigen! Kündigung der Kooperationsabkommen zwischen Kultusministerien der Länder und der Bundeswehr!

Denn militärische Werbung bei Minderjährigen widerspricht den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention. Deswegen fordert der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes ebenso wie die Kinderkommission des Bundestages von der Bundesregierung ein Verbot jeder Art von Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen.

2. Stopp der Rekrutierung von 17-Jährigen Freiwilligen durch die Bundeswehr! Denn damit wird die 18-Jahresgrenze der UN-Kinderrechtskonvention und ihrer Zusatzprotokolle unterlaufen, nach der alle unter 18-Jährigen Kinder sind und als solche besondere Schutzrechte haben. Die Bundesregierung wurde vom UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und der Kinderkommission des Bundestages wiederholt aufgefordert, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre zu erhöhen.

3. Friedenserziehung verbindlich in den Lehrplänen und bei der Lehrerfortbildung verankern! Dies fordert auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes ausdrücklich von Deutschland. Die Verpflichtung dazu folgt aus Art. 29 der Kinderrechtskonvention.

Was können Sie tun?

1. Die Schule entscheidet: Keine Bundeswehrwerbung bei Kindern! Informieren Sie andere Schüler, Eltern und Lehrer, bringen Sie das Thema in der *Schülervertretung*, auf einem *Elternabend*, in einer *Lehrer oder Schulkonferenz* zur Sprache und kontaktieren sie die *Schulleitung*, damit die Schule generell auf eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr verzichtet oder strenge Standards für Veranstaltungen mit Soldaten beschließt – denn die Entscheidung darüber liegt alleine bei der Schule, nicht beim Kultusministerium.

2. Ersatzunterricht für Ihr Kind: Hinterlegen Sie vorsorglich beim Klassenlehrer Ihres Kindes eine formlose Erklärung, damit Ihr Kind vom Unterricht mit Beteiligung der Bundeswehr befreit wird und Ersatzunterricht in einer anderen Klasse bekommt. Als Begründung reichen Gewissensgründe bzw. der Hinweis auf die gewaltfreie Erziehung Ihres Kindes aus – dies wurde beispielsweise von der bayrischen Landesschulbehörde bestätigt.

3. Widerspruch bei Ihrem Meldeamt: Legen Sie formlos Widerspruch bei Ihrem Meldeamt gegen die Weitergabe der Adressdaten Ihres Kindes an die Bundeswehr ein. Sonst erhält Ihr Kind im Alter von 16 Jahren ein Werbeschreiben für den freiwilligen Dienst in den Streitkräften.

4. Wenden Sie sich an die Verteidigungsministerin mit der Bitte, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben und Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen zu stoppen.

Musterantrag für Ersatzunterricht, Musterleitlinien für Schulen und weitere Infos:

www.tdh.de/schule-ohne-militaer

Kontakt: schule-ohne-militaer@tdh.de

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not
Ruppenkampstraße 11a
49084 Osnabrück

Telefon 05 41 / 71 01-0
Telefax 05 41 / 70 72 33
E-Mail info@tdh.de
www.tdh.de
facebook.com/tdh.de

Spendenkonto 700 800 700
Volksbank Osnabrück eG
BLZ 265 900 25
IBAN DE 20 2659 0025 0700 8007 00
BIC GENODEF1OSV



Fakten

- 2128 freiwillige 17-Jährige wurden 2017 von der Bundeswehr rekrutiert, darunter 448 Mädchen, beides Höchstwerte. Damit war 2017 fast jeder zehnte neu eingestellte Soldat oder Soldatin minderjährig (9,1%).
- Mehr als 400.000 Kinder und Jugendliche erreicht die Bundeswehr jährlich alleine durch Werbeveranstaltungen von Jugendoffizieren und Karriereberatern an Schulen, viele weitere bei Kasernenbesuchen von Schulklassen, bei kostenlosen Sport- und Abenteuererevents, auf Messen, in Arbeitsämtern, bei Stadtfesten und über Werbekampagnen in Jugendmedien wie Bravo und Spiesser, im Fernsehen und im Internet. Außerdem erreichen die Jugendoffiziere jährlich mehr als 30.000 Referendare, Lehrer und weitere Multiplikatoren.
- 35,3 Millionen Euro gab die Bundeswehr 2017 für Nachwuchswerbung aus, fast zehnmal mehr als 2008 (3,8 Millionen Euro).
- Mindestens 120 Tote, darunter 20 Suizide, und noch deutlich mehr verwundete Soldaten gab es seit 1992 bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, darunter viele unter 25 Jahren. Jeder vierte Soldat mit Einsatzerfahrung leidet an psychischen Störungen (Bundeswehrkrankenhaus Berlin, 2013). 1615 Soldatinnen und Soldaten wurden 2016 in Bundeswehrkrankenhäusern wegen einer Posttraumatischen Belastungsstörung behandelt, die Dunkelziffer ist weit höher. Noch weiter verbreitet sind andere einsatzbezogene psychische Erkrankungen wie Angststörungen und Depressionen (TU Dresden 2013).
- In der Ausbildung junger Bundeswehrrekrutinnen und -rekruten kommt es immer wieder zu schwerwiegenden Problemen wie sexuellem Missbrauch, entwürdigenden Aufnahme-ritualen oder Verletzten und Toten infolge von Fehlverhalten von Ausbildern. Davon sind auch Minderjährige betroffen.
- Die Bundeswehrwerbung ist einseitig, sie betont positive Werte und Bilder wie Abenteuer, Teamgeist, Spaß, Sport, Technik, mit Werbe-Slogans wie »Action, Abenteuer, Adrenalin und jede Menge Fun«. Negative Aspekte wie Tod, Verletzung, Traumatisierung oder das Töten anderer Menschen werden verschwiegen oder nur am Rande erwähnt. Viele Jugendliche lassen sich von der einseitigen Werbung und Vergünstigungen wie festem Job und kostenlosem Studium locken, ohne die hohen Risiken zu kennen.
- Acht Landeskultusministerien (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Hessen, Sachsen) haben seit 2008 Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr geschlossen, die den Zugang von Jugendoffizieren in die Klassenzimmer und zur Lehrerbildung erleichtern. Die Entscheidung über die Einladung von Soldaten liegt aber »uneingeschränkt bei der einzelnen Schule« (Kultusministerium Baden-Württemberg).
- Die Werbung und Ausbildung von Minderjährigen als Soldaten widersprechen den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention, die auch Deutschland unterschrieben hat. Denn die darin verbrieften Kinderrechte und Schutzpflichten gelten für alle unter 18-Jährigen.
- **»Stopp jeder Art von militärischer Werbung und Rekrutierung bei Minderjährigen!«** fordert der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und die Kinderkommission des Bundestages ebenso wie Schüler-, Eltern- und Lehrervertretungen, das Kinderhilfswerk terre des hommes, die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), Unicef Deutschland, die Kindernothilfe, das Darmstädter Signal (Kritische Bundeswehrsoldaten), Pax Christi, die Deutsche Friedensgesellschaft, World Vision, das Forum Menschenrechte, das Deutsche Bündnis Kindersoldaten und viele andere.

* Quelle der Zahlen ohne Quellenangabe im Text: Bundeswehr.